

Sächsisches Amtsblatt

Nr. 4/2022

27. Januar 2022

Inhaltsverzeichnis

Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für
Wissenschaft, Kultur und Tourismus zur Änderung
der RL Corona-Härtefälle Kultur vom 29. Dezember
2021 114

Sächsisches Staatsministerium für Regionalentwicklung

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministe-
riums für Regionalentwicklung für das Programm
zur Förderung des Rückbaus von Wohngebäuden
(VwV Rückbau Wohngebäude) vom 10. Januar
2022 115

Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen
über den Vollzug des Bundes-Immissionsschutz-
gesetzes Antrag auf wesentliche Änderung des
Betriebes der Anlage – Kapazitätserhöhung – der
Firma Schönfelder Papierfabrik GmbH am Standort
Tannenberger Straße 4, 09456 Annaberg-Buchholz
– Auslegung des Antrages und der Unterlagen –
Gz.: 44-8431/921 vom 12. Januar 2022 117

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen
zum Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetz-
es über die Erteilung einer immissionsschutzrecht-
lichen Genehmigung zur wesentlichen Änderung
der Anlage zur Herstellung von NE-Metallkonzent-
raten der Firma WRC World Resources Company
GmbH am Standort Wurzen Gz.: 44-8431/2425 vom
11. Januar 2022 120

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen
über die Genehmigung der 1. Satzung zur Ände-
rung der Verbandssatzung des Abwasserzweckver-
bandes Heidelberg Gz.: 20-2217/115/6 vom 29. De-
zember 2021 122

1. Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des
Abwasserzweckverbandes Heidelberg 123

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen
über die Verleihung der Rechtsfähigkeit als wirt-
schaftlicher Verein an den Verein Garagengemein-
schaft Charlottenstraße w. V. Az.: 20-1132/7/36 vom
27. Dezember 2021 124

Inhaltsverzeichnis des Sächsischen Amtsblattes Jahrgang 2021

Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Kultur und Tourismus zur Änderung der RL Corona-Härtefälle Kultur

Vom 29. Dezember 2021

I.

Die RL Corona-Härtefälle Kultur vom 25. Juni 2020 (SächsABl. S. 768), die zuletzt durch die Richtlinie vom 29. Juni 2021 (SächsABl. S. 968) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Ziffer II Satz 2 werden die Wörter „der Jahre 2020 und 2021“ durch die Wörter „der Jahre 2020 bis 2022“ ersetzt.
2. In Ziffer IV Nummer 1 Satz 1 werden die Wörter „in den Jahren 2020 und 2021“ durch die Wörter „in den Jahren 2020 bis 2022“ ersetzt.

3. In Ziffer VI Nummer 2 Satz 1 wird die Angabe „20. November 2021“ durch die Angabe „21. November 2022“ ersetzt.
4. In Ziffer VII wird die Angabe „2021“ durch die Angabe „2022“ ersetzt.

II.

Diese Richtlinie tritt am Tag nach ihrer Unterzeichnung in Kraft.

Dresden, den 29. Dezember 2021

Die Staatsministerin für Kultur und Tourismus
beim Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus
Barbara Klepsch

Sächsisches Staatsministerium für Regionalentwicklung

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Regionalentwicklung für das Programm zur Förderung des Rückbaus von Wohngebäuden (VwV Rückbau Wohngebäude)

Vom 10. Januar 2022

Mit dem Förderprogramm „Rückbau Wohngebäude“ des Sächsischen Staatsministeriums für Regionalentwicklung werden die Gemeinden bei der Anpassung ihres Wohnungsbestands an die demografische Entwicklung durch die Förderung des Rückbaus von nicht mehr erforderlichem Wohnraum unterstützt. Hierfür stehen für das Jahr 2022 Landesmittel in Höhe von 2 100 000 Euro zur Verfügung. Diese Mittel werden hiermit nach Maßgabe der nachfolgenden Festlegungen ausgeschrieben.

1. Zuwendungsgegenstand

Gefördert wird der Rückbau von dauerhaft nicht mehr benötigten Wohngebäuden. Zu den Wohngebäuden und den anzurechnenden Wohnflächen gehören auch Gewerbeflächen in überwiegend zum Wohnen genutzten Gebäuden.

Folgende Kosten für Leistungen können gefördert werden:

- a) Abbruch und Demontage des Bauwerkes einschließlich der Ver- und Entsorgungsleitungen,
- b) Abtransport des Abbruchmaterials einschließlich der Enddeponie,
- c) Sicherungsmaßnahmen an abgetrennten Ver- und Entsorgungsleitungen,
- d) einfache Herrichtung des Grundstückes nach der Rückbaumaßnahme,
- e) notwendige Baunebenkosten,
- f) Freimachung von Wohnungen und
- g) abbruchbedingte Instandsetzung an Nachbarhäusern.

Die Förderung erfolgt als Anteilsfinanzierung durch einen nichtrückzahlbaren Zuschuss des Freistaates Sachsen in Höhe der unter Nummer 1 genannten, nachgewiesenen Kosten, höchstens bis zu 50 Euro je Quadratmeter zurückgebauter Wohnfläche.

Bei Vorsteuerabzugsberechtigung sind für das Vorhaben die Nettobeträge gemäß § 15 Umsatzsteuergesetz zuwendungsfähig.

Nicht förderfähig

- sind planungsrechtliche Entschädigungsansprüche und Leistungen an Eigentümer, die den Wert rückgebauter Gebäude ausgleichen sollen,
- sind der Teilrückbau und
- ist der Rückbau unbewohnbarer, ruinöser Wohngebäude.

2. Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfänger sind alle Gemeinden des Freistaates Sachsen.

Die Gemeinden dürfen bewilligte Zuwendungen zur Erfüllung des Zweckes an Dritte weiterleiten, die die Maßnahme durchführen. Dabei ist sicherzustellen, dass die für den Zuwendungsempfänger maßgebenden Bestimmungen vollständig dem Dritten auferlegt werden und dass die Regelungen über Rückführung und Verzinsung der Zuwendungen anwendbar sind. Dies gilt auch für die Prüfungsrechte der Bewilligungsstelle und des Sächsischen Rechnungshofes. Dritte können Zweckverbände, Landkreise, Kirchen sowie natürliche und juristische Personen des Privatrechts sein.

3. Zuwendungsvoraussetzungen

1. Voraussetzung für eine Bewilligung von Zuwendungen für den Rückbau von nicht mehr benötigtem Wohnraum ist, dass
 - a) die Gemeinde, in der die Rückbaumaßnahme erfolgen soll, über ein höchstens zehn Jahre altes (Stichtag: Tag dieser Ausschreibung) integriertes Stadtentwicklungskonzept verfügt, welches Aussagen über den Rückbau von Wohngebäuden enthält und aus denen der Rückbaubedarf für die Antragsobjekte ableitbar ist,
 - b) die Rückbaumaßnahme außerhalb eines Stadtumbaugebiets des Bund-Länder-Programms „Stadtumbau“, eines Fördergebietes der bisherigen Programme der Städtebaulichen Erneuerung oder der Bund-Länder-Programme „Lebendige Zentren“, „Sozialer Zusammenhalt“ und „Wachstum und nachhaltige Erneuerung“ liegt,
 - c) die Rückbaumaßnahme aufgrund der zu erwartenden demografischen Entwicklung erforderlich ist,
 - d) der Fördermittel- und Bürgschaftsgeber, sofern für das Objekt Zuwendungen und/oder Bürgschaften in Anspruch genommen wurden, dem Rückbau zugestimmt hat,
 - e) der Grundpfandrechtsgläubiger, sofern das betreffende Grundstück als Sicherheit für Förder- und Kapitalmarktdarlehen dient, dem Rückbau seine Zustimmung erteilt hat und
 - f) der Grundstückseigentümer den Verzicht auf mögliche planungsschadensrechtliche Entschädigungsansprüche erklärt und sich vertraglich verpflichtet hat, auf die Wiederbebauung des Grundstücks mit Mietwohngebäuden für mindestens zehn Jahre zu verzichten.
2. Für eine Bewilligung ist eine öffentlich-rechtliche Genehmigung entsprechend den rechtlichen Bestimmungen erforderlich.

3. Kommt bei Rückbaumaßnahmen eine Förderung im Rahmen der Förderrichtlinie Ländliche Entwicklung vom 15. Dezember 2014 (SächsABl. SDr. 2015 S. S 8), die zuletzt durch die Richtlinie vom 13. Oktober 2021 (SächsABl. S. 1376) geändert worden ist, in der jeweils gültigen Fassung, in Betracht, ist diese Zuwendung vorrangig in Anspruch zu nehmen. Eine Kumulierung der im Rahmen der Förderrichtlinie Ländliche Entwicklung und der im Rahmen dieser Verwaltungsvorschrift gewährten Zuwendung ist ausgeschlossen.

4. Antragsverfahren

Die Anträge können ab sofort bei der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank – (SAB), 01054 Dresden, gestellt werden. Über die Anträge wird in der Reihenfolge des Antragseingangs im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel entschieden.

Antragsformulare können bei der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank – (SAB) angefordert werden und sind im Internet unter www.sab.sachsen.de abrufbar. Die SAB gibt Empfehlungen zu fachlichen und formalen Anforderungen an einen Antrag.

Dresden, den 10. Januar 2022

Staatsministerium für Regionalentwicklung
Menke
Abteilungsleiter

Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über den Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes Antrag auf wesentliche Änderung des Betriebes der Anlage – Kapazitätserhöhung – der Firma Schönfelder Papierfabrik GmbH am Standort Tannenberger Straße 4, 09456 Annaberg-Buchholz – Auslegung des Antrages und der Unterlagen –

Gz.: 44-8431/921

Vom 12. Januar 2022

Die Schönfelder Papierfabrik GmbH in 09456 Annaberg-Buchholz, Tannenberger Straße 4, beantragte mit Datum vom 13. Juli 2021 die Genehmigung nach § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 24. September 2021 (BGBl. I S. 4458) geändert worden ist, für die wesentliche Änderung der Kapazität der Papiermaschine am Standort 09456 Annaberg-Buchholz, Tannenberger Straße 4, Gemarkung Frohnau, Flurstücke 567/1, 501/4, 501c, 501/2, Gemarkung Schönfeld, Flurstück 92, sowie Gemarkung Wiesa, Flurstücke 223b, 223c. Die Anlage unterliegt dem Genehmigungsvorbehalt nach § 1 der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2017 (BGBl. I S. 1440), die durch Artikel 1 der Verordnung vom 12. Januar 2021 (BGBl. I S. 69) geändert worden ist, in Verbindung mit der Nummer 6.2.1 des Anhangs 1 zur Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen.

Die Änderung beinhaltet im Wesentlichen die Leistungssteigerung der bestehenden Papiermaschine auf 412,8 t/d Bruttomaschinenkapazität (BMK) einschließlich:

- Erweiterung Lagerkapazität Rohstoff
- Kapazitätssteigerung Stoffaufbereitung
- Umbauten an der Papiermaschine
- Anpassung beziehungsweise Erneuerung Wärmerückgewinnung
- Erneuerung Hallenbe- und -entlüftung
- Dachsanierung der PM-Halle

Die voraussichtliche Inbetriebnahme der geänderten Anlage soll bis Ende 2023 erfolgen.

Das Vorhaben bedarf einer Genehmigung nach § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes. Es wird hiermit gemäß § 10 Absatz 3 und 4 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in Verbindung mit §§ 8 bis 10a und 12 der Verordnung über das Genehmigungsverfahren in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Mai 1992 (BGBl. I S. 1001), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 11. November 2020 (BGBl. I S. 2428) geändert worden ist, öffentlich bekannt gemacht.

Für dieses Vorhaben wurde die Zulassung zum vorzeitigen Beginn gemäß § 8a des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in folgendem Umfang beantragt:

- Erweiterung der Altpapierlagerfläche

- Dachsanierung der PM-Halle
- Installation eines neuen leistungsstärkeren Hallenkrans

Das Vorhaben ist nach § 6 in Verbindung mit Nummer 6.2.1 Spalte 1 der Anlage 1 zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540), das zuletzt durch Artikel 14 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147) geändert worden ist, ein UVP-pflichtiges Vorhaben. Gegenstand der Antragsunterlagen ist ein UVP-Bericht.

Genehmigungsbehörde ist die Landesdirektion Sachsen. Die Verfahrensführung erfolgt durch das Referat Immissionsschutz der Landesdirektion Sachsen, Dienststelle Chemnitz, 09120 Chemnitz, Altchemnitzer Straße 41.

Der Genehmigungsantrag und die von der Antragstellerin vorgelegten Unterlagen, mit Ausnahme der Unterlagen nach § 10 Absatz 2 Satz 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse), sowie die entscheidungserheblichen Berichte und Empfehlungen, die der Landesdirektion Sachsen im Zeitpunkt der Bekanntmachung vorliegen, liegen nach dieser Bekanntmachung einen Monat, vom

4. Februar 2022 bis einschließlich 3. März 2022

für jedermann zur Einsichtnahme bei folgenden Stellen aus:

1. Landesdirektion Sachsen, Abteilung Umweltschutz, Referat Immissionsschutz, Zimmer 517, Altchemnitzer Straße 41 in 09120 Chemnitz
Nur nach vorheriger Terminvereinbarung unter post@lds.sachsen.de oder telefonisch unter 0371/5320.
Montag und Mittwoch von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr sowie von 13:00 Uhr bis 15:00 Uhr
Dienstag und Donnerstag von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr sowie von 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr
Freitag von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr
2. Bürgerzentrum Große Kreisstadt Annaberg-Buchholz, Markt 1, 09456 Annaberg-Buchholz
Nur nach vorheriger telefonischer Anmeldung unter 03733/4250 in der Zeit von:
Montag, Mittwoch und Donnerstag von 9:00 Uhr bis 15:00 Uhr
Dienstag von 9:00 Uhr bis 18:00 Uhr
Freitag von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr

3. Gemeindeverwaltung Tannenberg, Rittergut 1, 09468 Tannenberg
Nur nach vorheriger telefonischer Anmeldung unter 03733/52820 in der Zeit von:
Montag von 7:00 Uhr bis 11:30 Uhr sowie von 13:00 Uhr bis 15:00 Uhr
Dienstag von 7:00 Uhr bis 11:00 Uhr sowie von 15:00 Uhr bis 18:00 Uhr
Donnerstag von 7:00 Uhr bis 11:30 Uhr
4. Stadtverwaltung Schlettau, Markt 1, 09487 Schlettau
Nur nach vorheriger telefonischer Anmeldung unter 03733/68070 in der Zeit von:
Montag von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr
Dienstag und Donnerstag von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr sowie von 14:00 Uhr bis 18:00 Uhr
Freitag von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr
5. Gemeinde Thermalbad Wiesenbad, Mühle 1, 09488 Thermalbad Wiesenbad
Nur nach vorheriger telefonischer Anmeldung unter 03733/56040 in der Zeit von:
Dienstag von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr sowie von 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr
Donnerstag von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr sowie von 13:00 Uhr bis 16:00 Uhr

Aufgrund der COVID-19-Pandemie sind bei der Einsichtnahme in die Planunterlagen die nachfolgend genannten Schutzmaßnahmen zu beachten: Der Zutritt zu allen unter Punkt 1 bis 5 genannten Stellen kann nur nach vorheriger Terminvereinbarung und unter Einhaltung der 3G-Regel erfolgen. Auf die Pflicht zum Tragen einer FFP2-Maske oder vergleichbarer Atemschutzmaske in den Gebäuden der Landesdirektion Sachsen wird hingewiesen.

Für die Landesdirektion Sachsen ist weiterhin zu beachten: Der Zutritt zum Auslegungsraum kann jeweils immer nur einer Person sowie den weiteren in ihrem Haushalt lebenden Personen gewährt werden. Vor Zutritt zum Auslegungsraum sind Besucher angehalten, sich beim Einlass- und Kontrolldienst zu melden und dort eine Selbstauskunft zur Kontaktdatennachverfolgung auszufüllen. Das Formular wird durch den Einlass- und Kontrolldienst ausgegeben und wieder entgegengenommen.

Weitere Informationen, die für die Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens von Bedeutung sein können und die der Landesdirektion Sachsen erst nach Beginn der Auslegung vorliegen, werden der Öffentlichkeit nach den Bestimmungen über den Zugang zu Umweltinformationen zugänglich gemacht.

Einwendungen gegen das Vorhaben können

bis einschließlich 4. April 2022

schriftlich oder elektronisch bei einer der vorgenannten Stellen vorgebracht werden. Der Zugang für elektronische Dokumente ist auf die Dateiformate .docx und .pdf beschränkt. Die Übermittlung des elektronischen Dokuments hat an die Adresse post@lds.sachsen.de zu erfolgen. Es gilt das Eingangsdatum.

Mit Ablauf der Einwendungsfrist sind gemäß § 10 Absatz 3 Satz 5 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes für das Genehmigungsverfahren alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Das gilt nicht für ein sich anschließendes Widerspruchs- und Klageverfahren.

Die Einwendungen müssen leserlich neben dem Vor- und Familiennamen auch die volle Anschrift des Einwenders tragen. Unleserliche Namen oder Anschriften werden bei gleichförmigen Einwendungen unberücksichtigt gelassen.

Einwendungen, die von mehr als 50 Personen entweder auf Unterschriftenlisten unterzeichnet oder in Form gleichlautender Texte eingereicht werden (gleichförmige Einwendungen), müssen einen Unterzeichner mit seinem Vor- und Familiennamen, seinem Beruf und seiner Anschrift als gemeinsamen Vertreter der übrigen Unterzeichner bezeichnen. Gleichförmige Einwendungen, die diese Angaben nicht deutlich sichtbar auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite enthalten, werden ebenfalls nicht berücksichtigt.

Darüber hinaus können auch nur solche Einwendungen berücksichtigt werden, die konkret angeben, welche Beeinträchtigungen befürchtet werden. Die Einwendungsschreiber werden der Antragstellerin zwecks Stellungnahme zur Kenntnis gegeben. Die Antragstellerin ist zur Einhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen verpflichtet. Die Behörde soll auf Verlangen des Einwenders dessen Name und Anschrift vor der Bekanntgabe an die Antragstellerin unkenntlich machen, wenn diese Angaben zur ordnungsgemäßen Durchführung des Genehmigungsverfahrens nicht erforderlich sind. Informationen zum Datenschutz finden Sie unter www.lds.sachsen.de/datenschutz.

Nach Ablauf der Einwendungsfrist entscheidet die Landesdirektion Sachsen nach pflichtgemäßem Ermessen über die Durchführung eines Erörterungstermins. Der Erörterungstermin ist öffentlich.

Einwendungen, die auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen, werden im Erörterungstermin nicht behandelt.

Für den Fall, dass die form- und fristgerecht erhobenen Einwendungen zu erörtern sind, wird der Erörterungstermin aufgrund der Beschränkungen infolge der COVID-19-Pandemie als Online-Konsultation gemäß § 5 Absätze 1, 3 und 4 des Planungssicherstellungsgesetzes vom 20. Mai 2020 (BGBl. I S. 1041), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 353) geändert worden ist, durchgeführt.

Die Online-Konsultation dient dazu, die rechtzeitig gegen das Vorhaben erhobenen Einwendungen zu behandeln. Die Einwendungsbehandlung erfolgt, wenn und soweit die Einwendungen für die Prüfung der Genehmigungsvoraussetzungen von Bedeutung sein können. Teilnahmeberechtigte sind alle, die rechtzeitig Einwendungen gegen das Vorhaben erhoben haben.

Für die Online-Konsultation werden den oben genannten Teilnahmeberechtigten die sonst im Erörterungstermin zu behandelnden Informationen gemäß § 5 Absatz 4 Satz 1 des Planungssicherstellungsgesetzes zugänglich gemacht. Diese umfassen eine Einführung zur Online-Konsultation, die Stellungnahmen der am Verfahren Beteiligten sowie der Antragstellerin, die sich mit den eingegangenen Einwendungen auseinandersetzen. Daneben werden die entscheidungserheblichen Berichte und Empfehlungen, die der Behörde zum Zeitpunkt der Bekanntmachung vorliegen, zur Verfügung gestellt.

Die Bereitstellung dieser Inhalte erfolgt ab dem **23. Mai 2022** über die SiDaS-Cloud der Sächsischen Landesverwaltung.

Den Einwendern werden Hinweise für die Durchführung der Online-Konsultation sowie die Zugangsdaten für die SiDaS-Cloud separat per Post mitgeteilt.

Außerdem erfolgt die Bereitstellung an den unter Punkt 1 bis 5 genannten Stellen zeitgleich in Papierform.

Da bei einem Erörterungstermin die Öffentlichkeit zugelassen wäre, können auch Personen, die keine Einwendungen erhoben haben, Einsicht in die Dokumente nehmen. Dies kann bei den oben genannten Behörden oder durch Beantragung der Übersendung der Dokumente bei der Landesdirektion Sachsen, Altchemnitzer Straße 41 in 09120 Chemnitz, Referat Immissionsschutz, Tel.: 0371/5320, post@lds.sachsen.de erfolgen.

Die Personen, die keine Einwendungen erhoben haben, sind jedoch nicht berechtigt, sich zu den Dokumenten der Online-Konsultation zu äußern.

Den zur aktiven Teilnahme oben genannten Berechtigten wird Gelegenheit gegeben, sich **bis einschließlich 22. Juni 2022** schriftlich gegenüber den oben genannten Behörden oder elektronisch per E-Mail unter post@lds.sachsen.de zu den sonst im Erörterungstermin zu behandelnden Belangen zu äußern.

Mit der Möglichkeit zur erneuten Äußerung im Rahmen der Online-Konsultation wird keine neue, zusätzliche Einwendungsmöglichkeit eröffnet. Die Regelungen über die Online-Konsultation lassen einen bereits eingetretenen Abschluss von Einwendungen unberührt (§ 5 Absatz 4 Satz 4 des Planungssicherstellungsgesetzes). Die Teilnahme an der Online-Konsultation ist nicht verpflichtend. Es kann auch ohne die Mitwirkung eines zur Teilnahme Berechtigten entschieden werden.

Zur Erfüllung der Voraussetzungen nach § 5 Absatz 4 des Planungssicherstellungsgesetzes ist es ausreichend, wenn den zur Teilnahme Berechtigten Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben wird. Unabhängig von einer Teilnahme an der Online-Konsultation wird die Genehmigungsbehörde die in den Einwendungsschreiben vorgebrachten Einwendungen prüfen und darüber entscheiden.

Beiträge im Rahmen der Online-Konsultation werden der Antragstellerin sowie den Fachbehörden, deren Aufgabenbereich berührt wird, zur Verfügung gestellt, um eine Erwiderung zu ermöglichen. Auf Verlangen des Einwenders werden dessen Name und Anschrift vor der Weitergabe unkenntlich gemacht, wenn diese Angaben zur ordnungsgemäßen Durchführung des Genehmigungsverfahrens nicht erforderlich sind.

Mit dem Abschluss der Online-Konsultation ist die Öffentlichkeitsbeteiligung im Genehmigungsverfahren beendet.

Der Wegfall des Erörterungstermins wird öffentlich bekannt gemacht.

Die Entscheidung über den Antrag wird öffentlich bekannt gemacht. Die Zustellung der Entscheidung über den Genehmigungsantrag an die Personen, die Einwendungen erhoben haben, kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden.

Diese Bekanntmachung ist bis zum Ende der Einwendungsfrist auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lds.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Umweltschutz einsehbar.

Chemnitz, den 12. Januar 2022

Landesdirektion Sachsen
Svarovsky
Abteilungsleiter

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
zum Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes
über die Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung
zur wesentlichen Änderung der Anlage
zur Herstellung von NE-Metallkonzentraten
der Firma WRC World Resources Company GmbH
am Standort Wurzen**

Gz.: 44-8431/2425

Vom 11. Januar 2022

Die Landesdirektion Sachsen hat der WRC World Resources Company GmbH in 04808 Wurzen, Industriestraße 7, mit Datum vom 30. November 2021 eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung zur wesentlichen Änderung der Anlage zur Herstellung von NE-Metallkonzentraten am Standort 04808 Wurzen, Industriestraße 7, Gemarkung Wurzen, Flurstücke 1585/13, 1585/22, 1679/8 und 1585/29 mit folgendem verfügenden Teil, erteilt.

I. Entscheidung

- 1.1 Ihrer Firma WRC World Resources Company GmbH, vertreten durch den Geschäftsführer Herrn Dr. Eberhard Lüderitz, wird unbeschadet der Rechte Dritter, auf Antrag nach § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in Verbindung mit § 1 und der Nummer 8.10.1.1 des Anhangs 1 zur Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen die immissionsschutzrechtliche Genehmigung für die wesentliche Änderung folgender Anlage erteilt:

Anlage zur Herstellung von NE-Metallkonzentraten
Standort: 04808 Wurzen, Industriestraße 7
Gemarkung Wurzen
Flurstücke 1585/13, 1585/22, 1679/8 und 1585/29

- 1.2 Die Genehmigung berechtigt zu Folgendem:

1. Errichtung und Betrieb einer Anlage zur Zerkleinerung und Kompaktierung fester gefährlicher und nicht gefährlicher Abfälle mit einer Durchsatzkapazität von 120 Tonnen je Tag für die in Anlage 1 Spalte Zerkleinerungsanlage (ZA) aufgeführten Abfälle am Standort 04808 Wurzen, Industriestraße 7 Gemarkung Wurzen, Flurstück 1585/29
2. Errichtung einer Produktionshalle einschließlich Sozialanbau und Abgaskamin sowie betriebsnotwendiger Anlagenteile sowie Lager- und Verkehrsflächen
3. Erhöhung der Lagerkapazität zur zeitweiligen Lagerung von festen gefährlichen und nicht gefährlichen Abfällen um 500 Tonnen durch Errichtung eines Freilagerbereichs östlich der neuen Produktionshalle und Erhöhung der gesamten Freiflächenlagerkapazität um 300 Tonnen auf 600 Tonnen sowie Errichtung einer Lagerfläche innerhalb der neuen Produktionshalle mit einer Lagerkapazität von 200 Tonnen
4. Erhöhung der Lagermengen an flüssigen Stoffen für die chemisch-physikalische Behandlungsanlage um 26 Tonnen
5. Änderung der Annahmekriterien (Seite 89/145 Kapitel 3 der Antragsunterlagen) und Erweiterung des Inputkataloges für feste Abfälle der thermischen

Aufbereitungsanlage nach Anlage 1 dieser Entscheidung

6. Zwischenlagerung/Umschlag von in Anlage 1 Spalte AL genannten gefährlichen und nicht gefährlichen Abfällen ohne Behandlung am Standort
- 1.3 Die Genehmigung schließt auf Grundlage § 13 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes die Baugenehmigung gemäß § 72 der Sächsischen Bauordnung ein.
- 1.4 Die Genehmigung wird nach Maßgabe der Antragsunterlagen vom 22. Dezember 2020, zuletzt geändert mit Unterlagen vom 21. September 2021 sowie mit Nebenbestimmungen laut Abschnitt IV erteilt.
- 1.5 Die Frist gemäß § 18 Absatz 1 Nummer 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes wird auf drei Jahre festgesetzt. Die Genehmigung für die Errichtung der Zerkleinerungsanlage erlischt, wenn deren Betrieb nicht innerhalb von drei Jahren nach Erteilung der Genehmigung aufgenommen wurde.
- 1.6 Für die Durchführung des Genehmigungsverfahrens sind gemäß § 1 Absatz 1 des Sächsischen Verwaltungskostengesetzes Kosten zu erheben. Die Kosten des Verfahrens hat die WRC World Resources Company GmbH als Antragstellerin zu tragen. Die Höhe der zu entrichtenden Kosten wird in einem gesonderten Bescheid festgesetzt.

Hinweis:

Die Genehmigung wird unbeschadet der Rechte Dritter und der behördlichen Entscheidungen erteilt, die nach § 13 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes nicht von der Genehmigung eingeschlossen werden. Der rechtmäßige Gebrauch der Genehmigung setzt das Vorliegen gegebenenfalls weiterer erforderlicher Zulassungen voraus.

Der Genehmigungsbescheid enthält folgende Rechtsbehelfsbelehrung:

„Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Zustellung schriftlich oder zur Niederschrift Widerspruch eingelegt werden bei der Landesdirektion Sachsen, Altchemnitzer Straße 41, 09120 Chemnitz, oder den Dienststellen der Landesdirektion Sachsen in Dresden, Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden, oder in Leipzig, Braustraße 2, 04107 Leipzig. Die Schriftform kann durch die elektronische Form ersetzt werden. Der elektronischen Form genügt ein elektronisches Dokument, das mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen ist. Die

Schriftform kann auch ersetzt werden durch Versendung eines elektronischen Dokuments mit der Versandart nach § 5 Absatz 5 des De-Mail-Gesetzes. Die Adressen und die technischen Anforderungen für die Übermittlung elektronischer Dokumente sind über die Internetseite www.lids.sachsen.de/kontakt abrufbar.“

Der Genehmigungsbescheid mit den getroffenen Nebenbestimmungen einschließlich der Begründung liegt

vom 28. Januar 2022 bis einschließlich 11. Februar 2022

bei folgender Stelle zur öffentlichen Einsichtnahme aus und kann während der angegebenen Dienstzeiten dort eingesehen werden.

Landesdirektion Sachsen, Abteilung Umweltschutz,
Zimmer 463, Braustraße 2 in 04107 Leipzig,
Montag und Mittwoch von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr sowie
von 13:00 Uhr bis 15:00 Uhr
Dienstag und Donnerstag von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr
sowie von 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr
Freitag von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr

Aufgrund der COVID-19-Pandemie sind bei der Einsichtnahme in die Unterlagen die nachfolgend genannten Schutzmaßnahmen der Landesdirektion Sachsen zu beachten: Der Zutritt zum Auslegungsraum kann jeweils immer nur einer Person sowie den weiteren in ihrem Haushalt lebenden Personen gewährt werden. Um lange Wartezeiten und Personenansammlungen zu vermeiden, sollte daher vor der Einsichtnahme in die Planunterlagen ein Termin vereinbart werden. Ihre Terminanfrage richten Sie bitte an die Landesdirektion Sachsen, Referat 44, E-Mail daniela.adam@lids.sachsen.de, Tel. 0341/977 4433. Vor Zutritt zum Auslegungsraum sind Besucher angehalten, sich beim Einlass- und Kontrolldienst zu melden und dort eine Selbstauskunft darüber zu erteilen, ob sie spezifische Symptome der Krankheit COVID-19 aufweisen oder innerhalb der letzten

14 Tage Kontakt zu infizierten Personen hatten. Das Formular wird durch den Einlass- und Kontrolldienst ausgegeben und wieder entgegengenommen. Auf das Erfordernis zum Tragen von Mund-Nasenschutz bei der Einsichtnahme wird hingewiesen.

Der Genehmigungsbescheid ist im Internet unter der Adresse:

https://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung/?ID=14256&art_param=664&q=1

einsehbar.

Die öffentliche Bekanntmachung ergeht gemäß § 10 Absatz 8 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274, 2021 I S. 123), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 24. September 2021 (BGBl. I S. 4458) geändert worden ist, unter folgenden Hinweisen:

1. Der Genehmigungsbescheid enthält zahlreiche Nebenbestimmungen.
2. Der Genehmigungsbescheid gilt mit dem Ende der Auslegungsfrist auch gegenüber Dritten, die keine Einwendungen erhoben haben, als zugestellt.
3. Nach der öffentlichen Bekanntmachung können der Bescheid und seine Begründung bis zum Ablauf der Widerspruchsfrist von den Personen, die Einwendungen erhoben haben, schriftlich oder elektronisch bei der Landesdirektion Sachsen, 09105 Chemnitz oder über poststelle@lids.sachsen.de, angefordert werden.

Die Entscheidung wird auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Umweltschutz bekannt gemacht.

Leipzig, den 11. Januar 2022

Landesdirektion Sachsen
Svarovsky
Abteilungsleiter

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
über die Genehmigung
der 1. Satzung zur Änderung der Verbandssatzung
des Abwasserzweckverbandes Heidelberg**

Gz.: 20-2217/115/6

Vom 29. Dezember 2021

Die Landesdirektion Sachsen hat mit Bescheid vom 14. Dezember 2021 auf der Grundlage von § 61 Absatz 1 in Verbindung mit § 26 Absatz 3 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270) die von der Verbandsversammlung am 6. Dezember 2021 beschlossene 1. Änderung der Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes Heidelberg genehmigt.

Die 1. Satzung zur Änderung der Verbandssatzung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung und der Satzung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Diese Bekanntmachung kann auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Inneres, Soziales und Gesundheit – Kommunalwesen eingesehen werden.

Dresden, den 29. Dezember 2021

Landesdirektion Sachsen
Roth
Referatsleiter

1. Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes Heidelberg

Präambel

Aufgrund von § 4 der Sächsischen Gemeindeordnung (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S.62), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. Dezember 2020 (SächsGVBl. S. 722) geändert worden ist, in Verbindung mit § 61 Absatz 1 und § 26 Absatz 2 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. 270), hat die Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes Heidelberg am 6. Dezember 2021 folgende 1. Satzung zur Änderung der Verbandssatzung in der Neufassung vom 16. März 2018 (Sächsisches Amtsblatt Nr. 24/2018 vom 14. Juni 2018, S. 751), beschlossen:

Artikel 1 Änderungen

Die Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes Heidelberg in der Neufassung vom 16. März 2018 wird wie folgt geändert:

1. § 18 – Formen der öffentlichen Bekanntmachung – erhält folgende Fassung:
 - (1) Öffentliche Bekanntmachungen des AZV Heidelberg erfolgen, soweit keine besonderen gesetzlichen Bestimmungen bestehen, als elektronische Ausgabe im öffentlichen Onlineportal unter <https://www.azv-heidelberg.de/amtsblatt>.

(2) Als Tag der Bekanntmachung gilt der Erscheinungstag des Amtsblattes.

(3) Die öffentliche Bekanntmachung ist in den Akten nachzuweisen.

(4) Genehmigungspflichtige Satzungen und Verordnungen müssen im vollen Wortlaut veröffentlicht werden. Die Genehmigung selbst muss unter Angabe der Genehmigungsbehörde und das Datum der Genehmigung bekannt gemacht werden.

2. Einzufügen nach § 18:

§ 18a Öffentliche Bekanntgabe

Die in öffentlicher Sitzung der Verbandsversammlung und des Verwaltungsrates gefassten Beschlüsse gelten als öffentlich bekanntgegeben. Nichtöffentlich gefasste Beschlüsse in den Gremien müssen in öffentlicher Sitzung bekanntgegeben werden.

Artikel 2 In-Kraft-Treten

Die Satzung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Langenreichenbach, den 7. Dezember 2021

Abwasserzweckverband Heidelberg
Klepel
Verbandsvorsitzender

Impressum

Herausgeber:

Sächsische Staatskanzlei
Archivstraße 1
01097 Dresden
Telefon: 0351 564 11312

Verlag:

SV SAXONIA Verlag
für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH
Lingnerallee 3
01069 Dresden
Telefon: 0351 485260
Telefax: 0351 4852661
E-Mail: gvbl-abl@saxonia-verlag.de
Internet: www.recht-sachsen.de
Verantwortlicher Redakteur: Rechtsanwalt Frank Unger

Druck:


Stoba-Druck GmbH
Am Mart 16, 01561 Lampertswalde

Redaktionsschluss:

20. Januar 2022

Bezug:

Bezug und Kundenservice erfolgen ausschließlich über den Verlag. Der Preis für ein Jahresabonnement des Sächsischen Amtsblattes beträgt 209,89 Euro (gedruckte Ausgabe zzgl. 42,03 Euro Postversand) bzw. 114,97 Euro (elektronische Ausgabe). Der Preis dieser Einzelausgabe beträgt 12,53 Euro zzgl. 3,37 Euro bei Postversand. Alle genannten Preise verstehen sich inklusive gesetzlicher Mehrwertsteuer. Das Abonnement kann ausschließlich schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Kalenderjahresende gekündigt werden.

SV SAXONIA Verlag GmbH, Lingnerallee 3, 01069 Dresden
ZKZ 73797, PVSt +4, Deutsche Post 

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
über die Verleihung der Rechtsfähigkeit als wirtschaftlicher Verein
an den Verein Garagengemeinschaft Charlottenstraße w. V.**

Az.: 20-1132/7/36

Vom 27. Dezember 2021

Die Landesdirektion Sachsen hat mit Bescheid vom 4. August 2021 auf der Grundlage des § 22 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) dem Verein Garagengemeinschaft Charlottenstraße die Rechtsfähigkeit als wirtschaftlicher Verein (w. V.) verliehen. Zweck des Vereins ist die Verwaltung und Bewirtschaftung eines Garagenkomplexes.

Diese Bekanntmachung kann auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Inneres, Soziales und Gesundheit – Kommunalwesen eingesehen werden.

Dresden, den 27. Dezember 2021

Landesdirektion Sachsen
Roth
Referatsleiter